Rede
des Bürgermeisters Jürgen Köhne zur

Einbringung des Haushalt 2018

Ratssitzung am Donnerstag, den 19. Oktober 2017
Albert-Einstein-Schule

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
gestatten Sie mir einige allgemeine Anmerkungen zur aktuellen Finanzsituation in Laatzen und darüber hinaus, bevor ich Ihnen die Eckdaten des Haushaltsentwurfes 2018 für die Stadt Laatzen vorstelle.

Die deutschen Gemeinden, Kreise und Städte haben im Jahr 2016 mit einem Überschuss von 4,5 Milliarden den besten Haushaltsabschluss seit 2008 erzielt. Allerdings besteht ein deutliches West-Ost und Süd-Nord-Gefälle.
Das ist eine der zentralen Ergebnisse des Kommunalen Finanzreports 2017 der Bertelsmann Stiftung aus dem August diesen Jahres.

Im weiteren Verlauf trifft der Report folgende Kernaussagen:
- Hinter den guten Zahlen verbirgt sich ein wachsendes Gefälle
- Die positive Gesamtentwicklung wird maßgeblich durch hohe Überschüsse in Bayern und Baden-Württemberg getragen
- Die Unterschiede in der Infrastruktur und Standortqualität und auch in der Steuerkraft wachsen. Die schwachen Kommunen fallen weiter zurück. Die Schere zwischen den armen und reichen Kommunen öffnet sich

Den schwachen Kommunen gelingt selbst im aktuellen positiven wirtschaftlichen Umfeld keine tiefgreifende Trendwende – auch der Zehnjahres-Vergleich zeigt: Schwache Kommunen bleiben schwach und entkoppeln sich mehr und mehr vom bundesweiten Durchschnitt. Zu diesen Kommunen meine Damen und Herren zählen auch wir und wir sind offenbar kein Einzelschicksal. Doch: einmal arm, immer arm? Ist das die Perspektive – keine Chance auf die Beine zu kommen – und das trotz steigender Anforderungen auf fast allen Arbeitsfeldern unserer Gesellschaft.

Das meine Damen und Herren das kann aus meiner Sicht so nicht stehenbleiben.
Der Bericht macht dies deutlich und er bestätigt das, was wir Kommunen seit vielen Jahren immer wieder betonen: es handelt sich hierbei nicht um ein Problem einzelner sondern betrifft große Bereiche der gesamten kommunalen Familie.

Und trotzdem meine Damen und Herren waren und sind wir als Kommunen erster Ansprechpartner unserer Bürgerinnen und Bürger in vielen Fragen des täglichen Lebens und auch der Garant für die Lösung sozialer Herausforderungen wie z.B. die sog. Flüchtlingskrise gebracht haben. Eigentlich eine staatliche Aufgaben – gleichwohl waren wir diejenigen, die es geschafft haben, dass das soziale Gefüge in unserer Gesellschaft trotz schwierigster Rahmenbedingungen erhalten geblieben ist. Als Bund und Länder noch versucht haben, sich auf diese Herausforderungen einzustellen haben wir gehandelt und die Menschen mit einem Bett, einem Dach über dem Kopf, Verpflegung und Betreuung versorgt. Fast 2 Jahre sind wir hier mit einer höchst anspruchsvollen Aufgabe ohne Netz und doppelten Boden unseren Pflichten nachgekommen – dass hat enorme Ressourcen verbraucht – organisatorisch, finanziell und

personell – und nicht alles davon haben wir erstattet bekommen und bekommen es auch heute noch nicht.

Wachsende Bevölkerung nicht nur durch Flüchtlinge sondern auch durch Zuwanderung in unseren Ballungsraum und steigende Geburten – das hatte noch vor 4-5 Jahren niemand so auf dem Zettel. Folgeprobleme: Wohnungsmangel, fehlende Krippen- und Kitaplätze, Sprachförderbedarfe in den Kinderbetreuungsbereichen und Schulen, steigender Bedarf an Ganztagsangeboten außerdem die bekannten Herausforderungen: Umsetzung der Anforderungen an die Inklusion und Sanierungsbedarfe bei öffentlichen Einrichtungen (Stichwort Brandschutz) Verkehrsanlagen, Ver- und Entsorgungsanlagen. Das alles sind nicht Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung sondern staatliche Aufgaben, die als solche auch zu finanzieren sind. Denn: so große Füße hat, zumindest hier bei uns Laatzen niemand, um die zahlreichen Feuer all dieser Herausforderungen austreten zu können.

Ohne Hilfe von außen, werden wir dies nicht schaffen und ich finde, es ist an der Zeit, dass wir Kommunen angesichts der guten Wirtschaftslage und der Überschüsse in den Haushalten von Bund und Ländern für unsere Flexibilität und unser Engagement ein angemessenes Stück zurückbekommen. Unser perspektivisch größtes Problem sind die seit Jahren steigenden Kassenkredite – also das, was bei einer Kommune der Überziehung des Girokontos im privaten Bereich entspricht. Im Vergleich der Jahre 2005 und 2015 hat sich ihr Volumen bundesweit auf fast 50 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Die Kassenkredite, meine Damen und Herren, sind das Damoklesschwert, das über einer großen Zahl von Kommunen schwebt. Ende diesen Jahres werden sie sich hier bei uns in Laatzen in einer Größenordnung von rd. 29 Mio € bewegen. Das ist zwar dank sparsamer Haushaltsführung noch deutlich unter der ursprünglichen Finanzplanung und Dank niedrigem Zinsniveau derzeit noch kein akutes Problem, aber ein kleines Zahlenspiel macht aber deutlich, welcher Sprengstoff sich darin befindet:

Derzeit kosten diese 27 Mio. die Stadt keine Zinsen. Ein in absehbarer Zeit aber sehr wahrscheinliches Ansteigen des Zinsniveaus würde die jährliche Zinslast als um jeweils rd. 300.000 € je Prozentpunkt steigen lassen - 3 Prozent bedeuten also fast eine Million zusätzlich.

Der Bericht der Bertelsmannstiftung kommt denn auch zu dem Schluss:

- Angesichts der guten konjunkturellen Rahmenbedingungen ist die Zeit günstig, über eine große Lösung der Kassenkredite nachzudenken

Und so möchte ich diese Gelegenheit nutzen und sowohl den Bund als auch und vor allem auch unsere künftige Landesregierung aufrufen, Ernst zu machen mit Ankündigungen aus den vergangenen Wahlkämpfen. Da waren sich alle Parteien einig, dass die Kommunen deutlich entlastet werden müssen.

Auch die kommunalen Spitzenverbände sind sich in dieser Frage einig. So hat der Niedersächsische Landkreistag Kernforderungen für die 18. Wahlperiode des Landtages formuliert, die unter der Überschrift: „Unabdingbar ist eine angemessene kommunale Finanzausstattung, die den Kommunen auch die Wahrnehmung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben zur Sicherung einer zukunftsfähigen Infrastruktur ermöglicht“ unter anderem folgende Forderungen beinhalten:

1. Eine Anhebung der kommunalen Beteiligung an den Einnahmen des Landes
2. Eine kommunale Beteiligung an den Mehreinnahmen aus der Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleiches

Damit, meine Damen und Herren, wäre eine dauerhafte und nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzen erreichbar.

Ich möchte aber außerdem anregen, dass wir einmal in unser südliches Nachbarland Hessen schauen und uns mit den Plänen der dortigen Landesregierung beschäftigen. Diese hat im Sommer mit der Ankündigung des Projektes „Hessenkasse“ eine finale Regelung des Problems Kassenkredite angekündigt. Mehr als 260 Kommunen, das ist über die Hälfte aller Kreise, Städte und Gemeinden in Hessen, haben ihre „Girokonten“ überzogen und wirtschaften seit Jahren im Minus. Plan der Landesregierung ist es, mit einem Höchstbetrag von rd. 6 Milliarden € die Kassenschulden ab dem 1. Juli 2018 komplett zu übernehmen und die Tilgung über die Förderbank des Landes, die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, zu organisieren. Ziel der Landesregierung ist die einmalige Chance für verschuldete Kommunen zu nutzen und quasi den finanziellen Reset-Knopf zu drücken.

Sicherlich wird man genau prüfen müssen, ob und in welcher Form ein derartiges Programm auf unser Land übertragbar wäre aber ich fordere unsere künftige Landesregierung auf, genau dieses zu tun solange dies zu tun, so lange die Zinsen niedrig sind und die Kommunen in Niedersachsen nicht weiter mit Ihren Herausforderungen im Regen stehen zu lassen.

Da dies zunächst nur Forderungen mit der Erwartung auf Umsetzung sind, sind wir natürlich auch selbst verpflichtet, im Rahmen unserer Möglichkeiten unsere finanzielle Situation zu verbessern. Einen Schritt in diese Richtung sind wir in diesem Jahr gegangen und damit kommen wir zu den aktuellen Haushaltsfragen unserer Stadt. Mit der Genehmigung des Haushaltes 2017 hat die Kommunalaufsicht unserer Stadt eine nachhaltige Gefährdung der Leistungsfähigkeit bescheinigt und uns nachdrücklich dazu aufgefordert, den Haushalt auf Einsparmöglichkeiten zu durchforsten sowie finanzielle Hilfe beim Land Niedersachsen zu beantragen. Dieser Aufforderung bin ich nachgekommen und es liegt eine Zusage des Landes vor, dass uns für das laufende Jahr eine Bedarfszuweisung in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro für bewilligt werden kann. Voraussetzung für die Gewährung ist der Abschluss einer Zielvereinbarung in der wir uns im Gegenzug zu Einsparungen oder der Steigerung von Einnahmen in den nächsten Jahren in vergleichbarer Größenordnung verpflichten müssen.

Wir befinden uns derzeit in der Diskussion, ob und wie wir dieser Verpflichtung nachkommen können. In Rahmen der vor uns liegenden Beratungen des Haushaltes für das Jahr 2018 werden wir gemeinsam mit der Politik versuchen, entsprechende Maßnahmen in das Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten. Wenn uns das gelingt haben wir die Chance neben den 2,5 Mio. in diesem Jahr auch in den kommenden 3 Jahren, denn wir bleiben eine sog. Bedarfskommune, entsprechende Zuweisungen beantragen und in ähnlicher Größenordnung erhalten zu können.

Ich hoffe daher, dass es uns - Verwaltung und Politik gemeinsam - gelingen wird, an einem Strang zu ziehen und das dafür notwendige Paket zu schnüren um auf diesem Weg in den kommenden Jahren einen Schritt hin zu etwas mehr finanziellen Spielräumen in der Zukunft zu machen.

Und damit, meine Damen und Herren, möchte ich übergehen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2018, von dem ich Ihnen nun die Eckpunkte vorstellen möchte.